

**Geschäftsführung
Ausschuss für Verkehr**

Es informiert Sie	Runa Freiter
Telefon (0202)	563 - 4159
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	verkehrsausschuss@stadt.wuppertal.de
Datum	08.07.2011

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/0595/11) am 29.06.2011

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Andreas Weigel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Heinrich Bieringer , Herr Hans-Jörg Herhausen , Herr Kurt-Joachim Wolfgang , Herr Frank Zitlau ,

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Arif Izgi , Herr Detlef-Roderich Roß ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Guido Ferrai , Frau Anja Liebert ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Peter Helbig ,

von der WfW-Fraktion

Herr Heribert Stenzel ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Lorenz Hoffmann-Gaubig , Frau Sabine Schnake , Herr Ulrich Schulte , Herr Thomas Wängler

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Reinhard Behr , Herr Johannes Blöser , Herr Martin Lorenz , Herr Frank Meyer , Herr Jürgen Pelz , Frau Hannelore Reichl , Herr Dr. Johannes Slawig , Herr Carsten Vorsich , Herr Thorsten Warning , Herr Rainer Widmann , Herr Michael Wolff

Schriftführerin

Frau Runa Freiter

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Der Vorsitzende erinnert an den verstorbenen CDU-Landtagsabgeordneten Peter Brakelmann, der in der Zeit vom 17.12.2001 bis 13.06.2005 Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr war. Die Anwesenden gedenken seiner in einer Schweigeminute.

Der Vorsitzende erzielt Einvernehmen, dass die Top 3 und 8 vorgezogen werden.

I. Öffentlicher Teil

1 Sachstandsbericht Müngstener Brücke - mdl. Bericht der Verwaltung -

Herr Widmann (Verwaltung) gibt einen Überblick über die Entwicklung der letzten Zeit und über die Aktivitäten der Politik und Verwaltung. Der Sachstandsbericht ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) bittet, sich zum jetzigen Zeitpunkt für die zukunftsfähige Ertüchtigung der Brücke einzusetzen, wobei die Frage nach dem Güterverkehr zu prüfen sei. Die Planung der Bahn, eine zweite Brücke im Falle einer unzureichenden Sanierung daneben zu setzen, solle verhindert werden. Herr Wängler (IHK) ergänzt, dass die Sperrung für den Güterverkehr seit Ende 2009 besteht.

Es sei Anliegen der IHK wie auch der Stadt Remscheid zu klären, in welcher Art die Brücke ertüchtigt würde. Auch die künftigen Abellio-Züge für den Personenverkehr könnten die Brücke nach der gerade erfolgten Ertüchtigung nicht befahren. Die Bahn müsse auch die Anbindung Remscheids für den Güterverkehr sicher stellen. Die Anbindung über Wuppertal Barmen sei nicht unproblematisch (Bauzustand Rauentaler Tunnel). Er drängt, von Herrn Latsch (Deutsche Bahn Netz AG) konkrete Aussagen zu fordern und zum jetzigen Zeitpunkt genau nachzufragen, bevor die Planungen abgeschlossen sind.

Herr Meyer (Verwaltung) stimmt Herrn Wängler zu, die Aktivitäten der Bahn genau zu beobachten und ggf. zu insistieren. Er rät zu einer differenzierten Betrachtung zur Sanierung. Die Bahn hätte in einem Termin im Februar 2011 schlüssig dargelegt, dass eine Ertüchtigung zur Zulassung des ungleich schwereren Güterverkehrs nicht nur wesentlich mehr Geld kosten würde, sondern auch die Restlebensdauer der Brücke deutlich reduzieren würde. In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag der Bahn zum Neubau einer Brücke zu sehen. Insgesamt erachtet er die Herrichtung der Brücke nur für den Personenverkehr als sinnvoller, zudem grundsätzlich der Güterverkehr über Wuppertal geführt werden kann.

Herr Wängler informiert, dass die IHK in Kürze eine Umfrage bei bergischen Unternehmen zur Bedeutung des Güterverkehrs durchführen wird, u. a. mit der Fragestellung, unter welchen Bedingungen dieser ggf. künftig verstärkt genutzt

werden könne (Verlagerung des Güterverkehrs von Straße auf Schiene). Herr Widmann teilt mit, dass die Verwaltung in Gesprächen mit der Bahn steht und über die Zwischenstände berichten wird. Bis Ende 2011 soll entschieden werden, welche Arbeiten notwendig sind, um die Brücke bis 2016 so herzurichten, dass sie weitere 30 Jahre hält. Herr Latsch wird am 14.07.11 im Landtag dazu berichten. Dies bleibt abzuwarten, danach können die gerade vorgetragenen Argumente eingesteuert werden.

Der Vorsitzende bittet Herr Wängler, die Kollegen der Verkehrsausschüsse Remscheid und Solingen in die weitere Entwicklung einzubinden.

Der Sachstandsbericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

2

Baustellensituation

- mdl. Bericht der Verwaltung -

Herr Lorenz (Verwaltung) stellt derzeit keine größeren Behinderungen im Stadtgebiet fest. Er informiert jedoch über eine bevorstehende Kanalbaumaßnahme Bundesallee /Kasinostraße vom 04.07. – 29.07.11. Des weiteren über die Aufbringung von Flüsterasphalt auf der A 46 in beiden Richtungen zwischen den Anschlussstellen Elberfeld und Barmen. In Fahrtrichtung Düsseldorf ab 17.08. bis 21.08.11 ohne Sperrung mit Überleitung in die Gegenspür. Vom 22.08 bis zum 25.08.11 mit Vollsperrung in Richtung Dortmund. Für den Fernverkehr sollen bereits an den Autobahnkreuzen Hilden und Leverkusen weiträumige Umfahrungen ausgeschildert werden. Dies wird an den 4 Tagen zu einem Verkehrszusammenbruch in der Talachse Wuppertals führen.

Herr Dittgen (SPD) äußert Unverständnis darüber, wie mit den Arbeiten montags begonnen werden könne bis donnerstags, anstelle über das Wochenende mit Nacharbeit die Maßnahme fertig zu stellen.

Herr Herhausen (CDU) stellt die Frage nach der Abstimmung mit Feuerwehr und Rettungsdienst, wie ein Durchkommen sicher gestellt werde, wenn die Straßen verstopft seien.

Der Vorsitzende fragt Herrn Schulte (Polizei), ob die Polizei durch Präsenz sicher stellen könne, dass die Kreuzungsbereiche frei gehalten würden, damit der Querverkehr fließen könne. Herr Schulte sieht mit der Kradgruppe der Polizei nur unzureichende Möglichkeiten.

Herr Meyer (Verwaltung) begrüßt die im Rahmen des Lärmschutzes vorgesehene Maßnahme des Landesbetriebes Straßen NRW sowie die Terminierung in den Sommerferien. Jedoch hält er eine Vollsperrung für unakzeptabel und will sich bei der Geschäftsführung von Straßen NRW dafür einsetzen, dass zumindest ein Fahrstreifen aufrecht erhalten bleibt. Die Anregungen der Ausschussmitglieder will er dabei ansprechen. Politisch flankierende Maßnahmen sieht er als hilfreich an.

Der Vorsitzende stellt im Gremium Einvernehmen fest, Herrn Meyer zu beauftragen, den Unmut des Ausschusses in Düsseldorf vorzutragen. Überdies würde auch er ein entsprechendes Schreiben als Ausschussvorsitzender an die Geschäftsleitung des Landesbetriebes richten.

Herr Lorenz (Verwaltung) beantwortet die gestellten Fragen, dass Rettungsdienst, Feuerwehr, Verwaltung eingebunden seien, jedoch seitens der Feuerwehr Zweifel geäußert worden wären. Auf Nachfrage von Herrn Zitlau (CDU), ob sichergestellt sei, dass in genannten 4 Tagen nicht auch noch zeitgleiche innerstädtische Baustellen die Verkehrssituation verschärfen würden, teilt er mit, dass dies abgeklärt wurde und nicht der Fall sei. Herr Zitlau betont, dass er bezüglich der Feuerwehr- und Rettungssituation in dieser Zeit, die Beachtung der Sorgfaltspflicht sicher gestellt wissen will.

Herr Lorenz beantwortet die Frage von Herr Dittgen zur Baustelle Gathe. Die Frage von Herrn Stenzel (WfW) betreffend Zur Waldesruh wird zu Protokoll gegeben.

Antwort zu Protokoll:

Die geplanten Straßenbau-Maßnahmen werden bis 2012 zurück gestellt, da vorab WSW- Kanalbauarbeiten erforderlich sind.

**3 Sachstandsbericht mobile Geschwindigkeitsüberwachung
Vorlage: VO/0558/11**

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder, die Anlage der Drucksache gegen die Tischvorlage zu tauschen. Die Änderung besteht in der Angabe der Anzahl der Einsätze pro Messstelle.

Er begrüßt Herrn Wolff, der sich als neuer Amtsleiter des Ordnungsamtes vorstellt.

Herr Bieringer (CDU) stellt weitergehende Änderungen zwischen der Tischvorlage und der alten Version fest.

Herr Vorsich (Verwaltung) bestätigt dies und erläutert, dass Fehler in der alten Version beseitigt wurden.

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**4 Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen
Herstellung für die Hainstraße - Abweichungssatzung Hainstraße
Vorlage: VO/0294/11**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen (ungeändert):

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Hainstraße zwischen Westfalenweg und dem Grundstück Hainstr. 105 einschließlich gemäß dem beigefügten Entwurf.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (WfW)

**5 Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen
Herstellung für die Straße Mählersbeck - Abweichungssatzung
Mählersbeck
Vorlage: VO/0307/11**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen (ungeändert):

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Straße Mählersbeck zwischen der Straße Vor der Beule und der Einmündung der Straße Ecksteinsloh gemäß dem beigefügten Entwurf.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (WfW)

6 **Beschluss über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen im Bereich des Baugebiets an der Heinrich-Böll-Straße und Karl-Barth-Straße**
Vorlage: VO/0253/11

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

1. Die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen im Bereich der geplanten öffentlichen Verkehrsflächen wird zu voraussichtlichen Gesamtbaukosten in Höhe von 891.000 € beschlossen.
2. Die Durchführung von Ausbaumaßnahmen zur Herstellung von zwei künftig privaten Stichwegen wird zu voraussichtlichen Gesamtbaukosten in Höhe von 100.000 € beschlossen.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 **Abbau eines signalgeregelten Fußgängerüberweges an der Briller Straße / Bayreuther Straße**
Vorlage: VO/0315/11

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Dem Abbau des südlichen Überweges an der Kreuzung Briller Straße / Bayreuther Straße wird unter den Maßgaben zugestimmt, dass die dort vorhandene Blindenakustik an dem verbleibenden Überweg über die Briller Straße montiert wird und eine Vorsignalisierung zur Sicherung der Ein- und Ausbiegevorgänge an der Einmündung mit der Wülfrather Straße verbleibt.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der FDP

8 **Geschwindigkeitskontrollen an Straßen mit reduzierten Tempolimits aufgrund mangelnder Instandhaltungsarbeiten**
Vorlage: VO/0336/11

Herr Jacob (FDP) begründet den Antrag der Fraktion mit der Verärgerung der Bürger und der möglichen weiteren Wanderungsverluste.
Herr Dr. Slawig (Verwaltung) stellt klar, dass die Verwaltung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriftung überwacht und damit die Erwartung der Bürger erfüllt. Er sieht keinen Zusammenhang mit der Entwicklung der Einwohnerzahl. Des weiteren gebe es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Reduzierung der Geschwindigkeit und der Überwachung. Aus Sicherheitsgründen würde bei schlechtem Straßenzustand die zulässige Geschwindigkeit reduziert. Die Aufgabe des Ordnungsamtes sei, die Einhaltung der geänderten Vorschriften zu

überwachen. Es handele sich dabei um ein Geschäft der laufenden Verwaltung; insofern betrachtet er den Antrag als unzulässig und empfiehlt dessen Ablehnung.

Herr Jacob hält den Antrag unverändert aufrecht.

Frau Liebert (Bündnis 90/ Die Grünen) erinnert an den Entschluss des Ausschusses, die Entscheidung zur stationären Geschwindigkeitsüberwachung den Fachleuten der Unfallkommission zu überlassen. Auch in der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung gehe es um Sicherheit, der Kontrolle in Tempo-30-Zonen, Schulwegsicherung, Kindergärten usw. Es sei Konsens darüber erzielt worden, diese Dinge nicht zur politischen Diskussion zu stellen. Sie sei verwundert über den FDP-Antrag, der den Eindruck eines Zusammenhangs zwischen Geld und Geschwindigkeit herstelle und stimme ihm für ihre Fraktion nicht zu.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Die Stadt verzichtet auf Geschwindigkeitskontrollen in den Straßenabschnitten, in denen das Tempolimit allein aufgrund der schlechten Fahrbahndecke vorübergehend bis zu deren Instandhaltung reduziert wurde und wo kein Unfallschwerpunkt besteht.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 6 Stimmen der SPD, Grünen, Die Linke, bei Enthaltung der CDU und WfW abgelehnt.

Nach der Abstimmung in dieser Sache berichtet der Vorsitzende, dass die Fraktionen von Herrn Vorsich darüber informiert worden seien, dass neue stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen an der Dahler Straße und an der Ronsdorfer Straße aufgestellt worden sind. Eine Information des Ausschusses hätte er begrüßt.

Herr Dr. Slawig hielt die Information der Fraktionen der Bedeutung des Themas für angemessen, bietet jedoch an, künftig alle Stadtverordneten zu informieren, wenn dies gewünscht sei. Er betont den Auftrag der Verwaltung, Entscheidungen der Unfallkommission (UK) umzusetzen. Der Wiederaufbau der Anlagen Dahler Straße und Ronsdorfer Straße sei aufgrund der begründeten Entscheidung der UK vorgenommen worden. Dabei käme eine neue, leistungsfähigere Technik zum Tragen, die keine Induktionsschleifen mehr benötige. Eine ggf. weitere Aufstellung von stationären Messanlagen sei wegen des bestehenden Ratsbeschlusses nicht ohne Einbindung des Ausschusses vorgesehen.

Herr Stenzel (WfW) fragt, ob der Preis für eine Anlage bei 200.000.-€ läge und ob sie sich amortisieren würde.

Herr Dr. Slawig bestätigt, dass die Stadt diese Anlagen zu genanntem Betrag kaufe. Einen Zusammenhang zu den zu erwarteten Einnahmen will er nicht herstellen, da es bei der Aufstellung um Sicherheitsbelange geht. Auf Nachfrage von Herrn Zitlau (CDU) berichtet er, dass keine kompletten Altanlagen mehr existieren, jedoch Ersatzteile zur Reparatur anderer Anlagen dienen.

Herr Herhausen (CDU) begrüßt die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und fragt, wie lange er Gültigkeit besitzen und wann die Umsetzung erfolgen soll.

Außerdem wünscht er regelmäßige Informationen zur weiteren Entwicklung.

Herr Meyer (Verwaltung) sagt zu, über den jeweiligen Stand des Verfahrens zu berichten. Einen zeitlichen Rahmen kann er nicht geben, da Erfahrungswerte fehlen, wieviel Zeit dafür benötigt wird. Es wird zunächst ein Planungsbüro

gesucht, um danach mit diesem gemeinsam einen Zeitplan zu entwickeln. Gemäß Personenbeförderungsgesetz besteht eine Verpflichtung, den Nahverkehrsplan von Zeit zu Zeit zu überprüfen, eine bestimmte zeitliche Gültigkeitsdauer gibt es nicht.

Frau Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob eine Umfrage unter den Nutzern zur Bedarfsermittlung im Rahmen des Budgets möglich sei.

Herr Meyer antwortet, dass die WSW mobil GmbH im vergangenen Jahr eine Fahrgastbefragung durchgeführt hat und die Verwaltung nun eine breiter angelegte Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten durchführen wird. Auf Nachfrage von Herrn Roß bestätigt er, dass die Fortschreibung des Nahverkehrsplans inhaltlich eher eine Neuaufstellung sei.

Der Vorsitzende möchte sicher gestellt wissen, dass durch die Neuaufstellung keine Förderrichtlinien verletzt werden.

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) berichtet über regelmäßige Marktforschungen im Intervall von 5 Jahren, deren Ergebnisse in den Nahverkehrsplan ebenso einfließen wie überarbeitete Standards und sonstige Aktualisierungen.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) erachtet die Umfrage zum Mobilitätsverhalten für wichtig, mahnt jedoch, dass der Nahverkehrsplan nicht zum Sparinstrument werden dürfe.

Herr Zitlau (CDU) fragt, welche Schwerpunkte der Plan setzt, bzw. welche Ziele verfolgt werden.

Herr Meyer (Verwaltung) teilt dazu mit, dass es u.a. um Wirtschaftlichkeitsaspekte des ÖPNV-Angebotes geht, besonders im Hinblick auf die Konzernergebnisse der WSW mobil GmbH. Er hält es für sinnvoll, fachliche Hilfe durch Externe zu suchen.

Herr Widmann (Verwaltung) teilt mit, dass ein Gutachter die Arbeit der Verwaltung begleiten wird, mit dem Ziel, 2013 den Gremien den Nahverkehrsplan zu präsentieren.

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) unterstreicht das Interesse des Unternehmens, das derzeit strukturelle Defizit abzubauen und einen vertretbaren und finanzierbaren ÖPNV zukunftsfähig zu gestalten. Zusammen mit einem Berater würden hierzu entsprechende Untersuchungen angestellt.

Herr Zitlau bittet, dabei den Bedürfnissen der immer älter werdenden Bevölkerung Wuppertals Rechnung zu tragen.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Der Ausschuss für Verkehr beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des zweiten Wuppertaler Nahverkehrsplans und beauftragt die Verwaltung mit den dazu erforderlichen Verfahrensschritten, insbesondere zur Beauftragung des Fachgutachters.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Instandsetzung Brücke Brändströmstraße (1. Bauabschnitt) Vorlage: VO/0449/11

Herr Bieringer (CDU) bittet um Auskunft, ob die Werther Brücke bis zum Beginn der Bauarbeiten Brücke Brändströmstraße fertig gestellt ist.

Herr Warning (Verwaltung) teilt dazu mit, dass die Bauarbeiten genau im Zeitplan liegen und daher davon ausgegangen werden kann, dass die Maßnahme zum Baubeginn der Brücke Brändströmstraße im Januar 2012 abgeschlossen ist.

Herr Blöser (Verwaltung) ergänzt, dass die Baumaßnahme der Stadtwerke zur Haltestelle Werther Brücke nach Beendigung der Brückenbauarbeiten unmittelbar eingeplant ist und hierfür die Ausfahrt Werther Brücke ebenfalls nicht möglich ist.

Sollte es zu zeitlichen Verzögerungen kommen, könnte der Verkehr zwischen- durch freigegeben werden.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) fragt, ob bei der Bürgersteigbreite eine Radver- kehrsführung eingeplant wäre oder ggf. noch berücksichtigt werden könne.

Herr Warning sichert Prüfung des Anliegens und Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Die Erneuerung des südlichen Überbaus der Brücke Brändströmstraße (1. Bauabschnitt) wird zu berechneten Gesamtbaukosten in Höhe von 2.260.000,00 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 11** **Einrichtung einer Wendemöglichkeit im Bereich der Berliner Straße / östlich Brändströmstraße**
Vorlage: VO/0454/11

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 29.06.2011:

Die dauerhafte Einrichtung einer Wendemöglichkeit auf der Berliner Straße in Höhe Hausnummer 94 für den von Osten kommenden Verkehr wird zu berechneten Kosten von 5.000 € beschlossen.

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 12** **Einsatz von Verkehrskadetten bei Veranstaltungen**
- Große Anfrage CDU-Fraktion vom 13.04.2011 -
Vorlage: VO/0358/11

Die Entgegennahme der Großen Anfrage erfolgte ohne Wortmeldungen.

-
- 12.1** **Einsatz von Verkehrskadetten bei Veranstaltungen**
- Antwort der Verwaltung -
Vorlage: VO/0358-1/11

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Wortmeldungen entgegen genommen.

-
- 13** **Sachstandsbericht über die Einrichtung dynamischer Fahrgastinformationen an Haltestellen im Wuppertaler Stadtgebiet**
- Große Anfrage der FDP -
Vorlage: VO/0542/11

Die Entgegennahme der Großen Anfrage erfolgte ohne Wortmeldungen.

**13.1 Dynamische Fahrgastinformationen
- mdl. Sachstandsbericht Frau Schnake, WSW mobil GmbH -**

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) berichtet, dass bis Ende 2013 die sog. Dynamische Fahrgastinformation an verkehrswichtigen Haltestellen in Wuppertal eingeführt wird. In der ersten Baustufe werden 18 Haltestellen ausgestattet; darin enthalten ist der neue Busbahnhof Döppersberg. Die Haltestellen Raukamp Schleife, Karlsplatz, Morianstraße, Wall und Stadthalle werden im Sommer 2011 eingerichtet. Weitere Baustufen sind geplant, dafür muss die Förderung noch geklärt werden. Der Fördersatz beträgt 75 %.

Die in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat „sprechenden“ Haltestellen werden mit Kameras und Lautsprechern ausgestattet. Voraussetzung war die Aufrüstung der Technik in der Verkehrsleitzentrale, damit Echtzeitdaten übermittelt werden können. Diese werden auch über Internet und Smartphone abrufbar sein. Ebenso soll die Schwebbahn nach Fertigstellung des Umbaus mit dieser Technik ausgestattet werden.

Herr Jacob (FDP) dankt für die geplante Ausstattung der Haltestellen.

Herr Herhausen fragt wie hoch die Kosten für die Ausstattung einer normalen Haltestelle liegen.

Frau Schnake schätzt – je nach Bauaufwand und Menge der Anzeigetafeln zwischen 50- und 100tausend Euro.

Frau Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob bis zur Verknüpfung der Busverkehre mit der Schwebbahn 2017 das jetzige System der Schwebbahnanzeige beibehalten wird.

Frau Schnake bejaht, da sie aufgrund der veralteten Technik keine Möglichkeit der Verbesserung während der Schwebbahnsanierung sieht.

Die Antwort der WSW mobil GmbH wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**14 Aufstellung eines Lärmaktionsplanes der Stadt Wuppertal als
Pflichtaufgabe nach § 47d Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz
(BImSchG)
Vorlage: VO/0471/11**

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen. Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Die Lärmkarten können eingesehen werden unter:

Stadt Wuppertal:

<http://www.wuppertal.de/microsite/geoportal/umweltdaten/index.php>

Land NRW:

<http://www.umgebungslaerm.nrw.de/>

**15 ÖPNV-Bericht 2009/2010
Vorlage: VO/0335/11**

Herr Herhausen (CDU) stellt mehrere Fragen zum Bericht:

S. 10 Es wird berichtet, dass seit 2009 auf Linie S 9 und seit Okt. 2010 auf Linie S 8 mit neuen Fahrzeugen gefahren wird; dies sei seiner Information nach nicht

der Fall.

S. 12 Die im 2. Satz angegebene Qualität bittet er näher zu erläutern.

S. 16 Ist der Zeitplan haltbar angesichts von Problemen bei der Aufwertung von Wuppertaler Bahnhöfen und Haltepunkten?

S. 30 Dynamische Fahrgastinformationen sollten auch an den normalen Haltestellen vorgesehen werden.

Frau Reichl (Verwaltung) wird die Antworten zu Protokoll geben.

Herr Dittgen (SPD) dankt für die Aufstellung des Berichtes.

Frau Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, bereits auf der Vorderseite des Berichts das Erstellungsdatum als Hinweis anzugeben, dass einzelne Berichtsteile von der zeitlichen Entwicklung bereits überholt sein könnten. Zu Verlängerung Regiobahn, Sozialticket und Müngstener Brücke gebe es schon neuere Entwicklungen. Sie schlägt vor, dass an der Stelle des Ratsinformationssystems, an der dieser Bericht abgelegt sei, Aktualisierungen eingepflegt werden.

Herr Widmann (Verwaltung) erläutert, dass der Bericht mit Hilfe eines Praktikanten 2010 erstellt worden ist und im Frühjahr 2011 aktualisiert und mit den WSW abgestimmt wurde. Er stimmt Frau Liebert zu, dass zwischenzeitlich einiges aktualisiert werden müsse. Daher sei es Ziel der Verwaltung, einen jährlichen/zweijährlichen Bericht vorzulegen.

Herr Wolfgang (CDU) fragt zu S. 25 in welchem Zeitraum die Neubeschaffung von 80 Bussen geplant sei.

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) antwortet, dass möglichst wenige Busse mit Rußfiltern nachgerüstet werden sollen und deshalb im Rahmen der Vorgaben des Luftreinhalteplanes Busse mit roter Plakette bis 2014 und mit gelber Plakette bis 2017 durch Neubeschaffung ausgetauscht werden sollen.

Der ÖPNV-Bericht 2009/2010 wird ohne Beschluss entgegen genommen.

16 **Berichte WSW mobil GmbH**
- Berichterstatteerin Frau Schnake -

16.1 **Rückblick Busverkehr Winter**

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) informiert zu der den Sitzungsunterlagen beigefügten Übersicht über den Buslinienverkehr im Winter 2010/11 und die dort aufgeführten geplanten Verbesserungsmaßnahmen. Ziel sei, die langen Ausfälle im vorigen Winter zu verhindern.

Der Vorsitzende dankt für den informativen und linienscharfen Bericht und bietet die Hilfe der Politik aus dem Kreis der Verkehrsausschussvorsitzenden der Berg. Städte an.

Es erfolgen verschiedene Fragen bzw. Einwände der Mitglieder.

Herr Ross (SPD) stimmt der Angabe, dass der Rott weitgehend störungsfrei angebunden gewesen sei, nicht zu.

Herr Stenzel (WfW) erinnert an einen Zeitungsartikel, in dem eine Führungspersönlichkeit der WSW mobil GmbH keine großen Probleme im Winterverkehr sah. Dem widerspreche die vorliegende Auflistung.

Herr Jacob (FDP) sieht auch den Individualverkehr und dessen Parkverhalten als Verursacher der Probleme im vergangenen Winter. Außerdem erinnert er an die Schneeräumpflicht der Anlieger wie auch der Stadt selbst an Bushaltestellen.

Frau Liebert (Bündnis 90/Die Grünen) sieht Probleme der Kunden, an aktuelle Informationen zu kommen, welche Linien fahren und welche ausfallen. Sie schlägt die Einrichtung von „abgespeckten“ Alternativrouten und die Information der Fahrgäste zur schnelleren Umorientierung - auch über die WSW-Hotline - vor.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) dankt, dass die Kritik der Umweltverbände ernst genommen worden sei und hofft, dass die geplanten Maßnahmen im nächsten Winter zu deutlich besserer Abwicklung des Verkehrs beitragen. Auch die Stadt sei gefordert, z.B. mit zeitweiser Einrichtung von Einbahnstraßen und Parkverbotszonen den ÖPNV zu ermöglichen.

Frau Schnake bestätigt, mit der Verwaltung in Kontakt über die Einrichtung temporärer Einbahnstraßen zu stehen und berichtet von Erfahrungen der Stadt Remscheid damit.

Herr Behr (Verwaltung) beugt hohen Erwartungen vor. Wenn z.B. im Wohnviertel mit wenig Parkplätzen auch noch das Parken verboten würde, hätte der Bürger dafür wenig Verständnis. Auch stünden beim Aufstellen von Halteverbotschildern bei Schneeeinbruch die stehen gelassenen PKW bereits dort. Er erachtet ein Verkehrskonzept für sinnvoll, in dem im Einzelfall Straßen konkret betrachtet und Lösungen gesucht werden.

Der Vorsitzende informiert über eine interessante Drucksache von Herrn Zirngiebel (Stadt Remscheid) zu dieser Thematik (Ratsinformationssystem der Stadt Remscheid, Drucksache Nr.14/0764 vom 21.03.2011 – Winterdienstkonzept).

Der Bericht der WSW mobil GmbH wird ohne Beschluss entgegen genommen.

16.2 Erfahrungsbericht kontrollierter Vordereinstieg

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) gibt einen positiven Erfahrungsbericht (s. Sitzungsunterlagen) zum kontrollierten Vordereinstieg in Bussen. Geringe Nachbesserungen geschehen nach den Sommerferien.

Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) fragt, ob die Information richtig ist, dass durch Fahrplananpassung auf einigen Linien ein zusätzlicher Bus eingesetzt werden muss, welche Kosten dadurch entstehen und ob die vermutete Einnahmesteigerung höher liegt. Außerdem merkt er an, dass die Fahrer bei großem Andrang mit der Öffnung der hinteren Türen unterschiedlich verfahren, was bei Nichtöffnung wiederum zu Verspätungen führe.

Frau Schnake bestätigt, dass auf einzelnen Linien, auch zeitweise zusätzliche Busse eingesetzt wurden. Die Kosten könnten nicht separat beziffert werden, da verschiedene Maßnahmen und Kriterien ineinander übergreifen. Teilweise wurden Fahrzeitzugaben auf einzelnen Linien auch zur Einhaltung der Ruhezeiten der Fahrer benutzt, haben also die Fahrzeit des Fahrgastes nicht verlängert. Zur einheitlichen Handhabung werden regelmäßige Schulungen der Fahrer/innen durchgeführt.

Der Vorsitzende hat dem ÖPNV-Bericht entnommen, dass ein System zur elektronischen Ticketprüfung entwickelt worden sei und möchte erfahren, ob es selbst entwickelt oder von einem anderen Verkehrsunternehmen übernommen wurde.

Frau Schnake ist die Entwicklung eines eigenen Programmes nicht bekannt und wird die Antwort zu Protokoll geben.

Antwort zu Protokoll:

Kontrollierter Vordereinstieg mit elektronischer Einstiegskontrolle
- eingesetzte Software-

Beim Kontrollvorgang am Terminal werden die für die Prüfung relevanten Ticketdaten gegen eine Sperrliste abgeprüft. Dabei wird eine räumliche und zeitliche Gültigkeitsprüfung durchgeführt. WSW mobil setzt dabei das in NRW am häufigsten genutzte

Softwaresystem ein und hat dazu keine eigenen Softwareentwicklungen vorgenommen.

17 Berichte und Mitteilungen

Verkehrsmessungen Erbschlöer Straße

Herr Blöser (Verwaltung) berichtet, dass die Bezirksvertretung Ronsdorf in ihrer Sitzung am 05.04.11 die Verwaltung gebeten hat, die Verkehre auf der

Erbschlöer Straße zu messen und zu zählen, weil dort der Eindruck einer Verschlechterung der Verkehrssituation entstanden ist. Es erfolgten mehrere Messungen von Polizei und Verwaltung. Die Anzahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen war gering, so dass eine dauerhafte Messstelle nicht eingerichtet wird. Außerdem wurde der Lkw-Anteil auf der Erbschlöer Straße, Lüttringhauser Straße, Remscheider Straße und Echoer Straße gezählt und dabei festgestellt, dass übliche Durchgangsverkehre bestehen und der Anteil der Lkw geringer ist als auf anderen Hauptverkehrsstraßen. Daher wird kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht und informiert über die Anschaffung von zwei Geschwindigkeitsregelanlagen durch die Bezirksvertretung Cronenberg und empfiehlt dies auch anderen Bezirksvertretungen. Die Aufstellung an verschiedenen Standorten wird durch den Bürgerverein vorgenommen.

Informationen des Vorsitzenden

- Der Vorsitzende berichtet zur stattgefundenen Radtour des ADFC mit Vertretern des Ausschusses und der Verwaltung.
- Über seine Mitarbeit im Regionalrat teilt er mit, dass in die Angelegenheit der Verlängerung der Regiobahn wieder Bewegung gekommen ist und so könne voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungen davon berichtet werden.

Andreas Weigel
Vorsitzender

Runa Freiter
Schriftführerin